

die Vereinigten Staaten trittig eingreifen können. Die Erneuerung des Angriffs kann in wenigen Stunden erfolgen. Es ist denkbar, daß unsere tapferen Soldaten noch große Gefinde preisgeben werden. Es gibt aber, abgesehen von den bisherigen Erfolgen, einige Gründe zur Entmutigung. Erstlich haben die Verbündeten jetzt zum erstenmal in dem Kriege den ungeheueren Vorteil einheitlicher militärischer Führung. Dann haben die Amerikaner unbeschränktes Menschenmaterial und einen Präsidenten von unbewegtem Charakter. Er wird keine Unterstellungen, keine Mittel, keinen Mann sparen, um den Kampf fortzuführen, so lange er auch dauern mag. Der dritte Grund zur Entmutigung ist der unterschätzte Geist und die gewaltigen Leistungen unserer eigenen Nation. Sie weiß, daß es sich jetzt um Sieg oder Untergang handelt.

Zum Frieden mit Rumänien.

Ein Telegrammwechsel.

zwischen dem König von Bayern und dem Kaiser sind anlässlich des Friedensschlusses mit Rumänien ein Austausch herzlicher Telegramme statt. —

Sicherstellung der finanziellen

Verpflichtungen Rumäniens ist folgendes bestimmt: Rumänien erklärt sich nach einer geheilten Zustimmung der rumänischen Nationalbank darum einverstanden, daß die bei der Deutschen Reichsbank eingeschalteten Guthaben und Depots der Nationalbank unter Aufrechterhaltung der darüber während der Zwangserhaltung getroffenen Vorschriften und unter Ausschluß von Schabernahansprüchen als Sicherheit für den öffentlichen Schuldenbetrieb Rumäniens gegenüber den Angehörigen Deutschlands auf die Dauer von fünf Jahren und, sofern Rumänien mit einer Rate in Bezug genötigt, auf die Dauer von zehn Jahren verhaftet bleiben, auch nötigenfalls zur Entlösung fälliger Banknoten und ausgelöster Stücke verzogen werden können.

Neben den

Austausch der Kriegsgefangen und Zivilinternierten wird u. a. bestimmt: Die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden in ihr Heimatland entlassen werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Rechtmäts in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen. Der bereits im Gange befindliche Austausch der Dienstuntauglichen Kriegsgefangenen wird mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden. Der Austausch der übrigen Kriegsgefangenen erfolgt zunächst bald in bestimmten, noch näher zu vereinbarten Zeitabschritten. Die beiderseitigen internierten oder verschickten Befreiungsberechtigten werden zunächst bald unentgeltlich heimbefördert werden, soweit sie nicht mit Zustimmung des Ausenthaltsstaates in dessen Gebiete zu bleiben oder sich in ein anderes Land zu begeben wünschen.

Jeder vertragshaltende Teil verpflichtet sich, die auf seinem Gebiete befindlichen Grabstätten der Heeresangehörigen, sowie der während der Internierung oder Verschickung verstorbenen sonstigen Angehörigen des anderen Teiles zu achten und zu unterhalten; auch können Beauftragte dieses Teiles die Pflege und angemessene Ausmühlung der Grabstätten im Einvernehmen mit den Garnisonbehörden besorgen. Die mit der Pflege der Grabstätten zusammenhängenden Einzelfragen bleiben weiterer Vereinbarung vorbehalten.

Peter Carp als Gegner der jeweiligen Dynastie.

Nach Bildermeldungen wurde Carp in der Hauptstadt Budapest für das Parlament als Kandidat des rechten Flügels aufgestellt, der die Entfernung des Königs Ferdinand vom Thron erstrebt. Die mehrfachen Versprechungen Marghilomans mit Carp in der Dynastiefrage haben zu keiner Einigung geführt.

Staatssekretär von Capelle über den U-Boot-Krieg.

Keine Sichtbarkeit.

In der Reichstagssitzung am Sonnabend gab bei Beratung des Marinestats des Staatssekretärs Vizeadmiral v. Capelle folgende Erklärung ab:

Ich möchte zunächst dem Dank der Marine Ausdruck geben für die anerkennenden Worte, die der Herr Berichterstatter für Ihre Tätigkeit gezollt hat, und ich möchte auch meinen besonderen Dank aussprechen für die anerkennenden Worte, die der Herr Berichterstatter den kaiserlichen Werken und den Privatwerken gewidmet hat. Wir haben mit dem unbeschrankten U-Bootkrieg eine sehr starke Seooffensive gegen die Entente begonnen. Die Ergebnisse sind Ihnen allen aus den Veröffentlichungen des Admiralsstabes bekannt. Auch für den April lauten die bisher vorliegenden Nachrichten günstig. Statistisch sind auch Verluste eingetreten; eine so starke Seooffensive wie die letzte kann nicht ohne Verluste abgehen. Über was die Hauptache ist: Während der Dauer des unbeschrankten U-Bootkrieges hat der Suwachs an U-Booten die Zahl der Verluste überstießen. Unsere Offensive zur See steht heute stärker da als bei Beginn des unbeschrankten U-Bootkrieges. (Hört, hört!) Und das gibt uns die stärkere Aussicht auf schließlichen Erfolg. Der U-Bootkrieg indurch ist mehr und mehr zu einem Kampf zwischen dem U-Boot und der Bauwerksleitung an Schiffen aus. Bisher haben die monatlichen Berichterstattungen den Bauzaun noch fast um ein Mehriges überstießen. Das geben selbst englische Minister und die gesamte englische Presse zu. Besonders bezeichnend scheint mir ein Aufruf an die englischen Werftarbeiter zu sein, der in großer Zahl von den englischen Werften verteilt wurden

ist. Dieser Aufruf lautet: „Der Suwachs von Handelschiffen belief sich im März auf 180 000 Tonnen, 82 Schiffe von je 8000 Tonnen, aber die Hunnen besaßen gleichzeitig 81 Schiffe. (Hört, hört!) Werksarbeiter! Sie könnten und werden verhindern, daß die Hunnen uns aushangen.“ Einen großen Erfolg scheint dieser Aufruf nicht gehabt zu haben, denn nach den neuesten Veröffentlichungen der englischen Admiralität, die gerade heute durch Neuters Büro verbreitet werden, ist die Schiffsausleistung von 180 000 Tonnen im März auf 111 000 Tonnen im April zurückgegangen oder, in Schiffen umgerechnet, von 82 Schiffen auf 22 Schiffe. Das bedeutet einen Rückgang von 50 000 Tonnen oder 40 v. o. Was Amerika baut, ist bis jetzt gering gewesen und weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Wenn auch in Zukunft mit einer Steigerung zu rechnen ist, so wird dieser Suwachs voll und ganz von Amerika aufgebraucht. Bei den Versenkungen durch U-Boote kommt aber der starke Abgang von Schiffstaum durch Seeunfälle und Unbrauchbarwerden von Schiffen hinzu. Einer der bekanntesten englischen Großhändler, Sir George Ellermann, erklärte auf einer Versammlung der britischen Schiffsraumkammern, daß die Verluste der britischen Handelsflotte durch Seeunfälle infolge der durch den Krieg geschaffenen Bedingungen dreimal so groß seien wie im Frieden. Er sagte hinzu: „Ich sage, ich täusche mich nicht, wenn ich sage, alles, was wir an Schiffen seit dem Kriege gebaut haben, hat lediglich genügt, um den Verlust von Seeunfällen zu decken, von dem durch den Feind verursachten Verlusten gar nicht zu reden.“ (Hört, hört!) Der Abgang der Welttonnage durch Seeunfälle und Unbrauchbarwerden betrug im April etwa 800 000 Bruttoregistertonnen. Darin sind allerdings die Verluste des Bierverbandes mit einbezogen. Nun werden die Herren sich selber überlegen können, was dieser Abgang durch Seeunfälle zu sagen hat. Der englische Premierminister Lloyd George hat in seiner großen Rede zur Wehrkampfession im Unterhause am 9. April dem Sinne nach erklärt, wenn der Landkrieg verloren gehen sollte, so ist der Seekrieg noch lange nicht zu Ende. Wir werden abwarten müssen, ob das englische Volk sich diese Drohungen zu eigen macht. Hat es das, so werden unsere U-Boote weiterhin unsre Pflicht tun (Beifall), und der Erfolg wird ihnen sicherlich nicht fehlen. (Erneuter Beifall.) Die Gegner werden dann sehen, daß unsere U-Boote es länger aushalten. Soweit es noch irgend möglich ist, d. h. soweit die anderen unabwobaren Bedürfnisse von Heer und Marine es zulassen, wird die gesamte dafür geeignete Kriegsindustrie in den Dienst des U-Bootbaues gestellt werden. Es wird Vorsorge getroffen werden, daß noch auf Jahre hinaus keine Reihe Lücke in der regelmäßigen Übereiung neuer U-Boote entstehen kann. (Beifall) Wir haben daher allen Grund, mit Vertrauen und Zuversicht auf unsere U-Boote zu bilden (Beifall) und können fest darauf bauen, daß sie im Verein mit unserem siegreichen Heere ihr Ziel erreichen werden.

In der Aussprache

dankte Vbg. Kapf (cons.) den Marinebehörden, insbesondere den Unterseeboot-Mannschaften. Wir dürfen uns beim Friedensschluß unter keinen Umständen auf einengende Bestimmungen bezüglich der Unterseeboot-Waffe einlassen. Das widerspricht allen Interessen unserer Verteidigung. Niemand denkt in Deutschland daran, die Versorgung der Neutralen mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu behindern. Wir begrüßen die Sicherung des Staatssekretärs, daß der Unterseeboot-Bau weiter gefördert werden soll. Der Unterseeboot-Krieg darf auch bei einem Waffenstillstand nicht eingestellt werden. Eine weitere Fortsetzung des Seekrieges kann England wirtschaftlich nicht aufhalten. — Vbg. Stresemann (nl.): Galt der ganze Kriegstag stets wohl auf dem Standpunkt, daß wir uns entschieden dagegen wehren müßten, wenn irgend jemand uns beim Friedensvertrag die Unterseeboot-Waffe aus der Hand nehmen wollte.

Ein deutsches U-Boot vor Gardinen.

Die „Neue Berliner Zeitung“ meldet: In den Gewässern von Karlsforte an der Südwestküste von Gotland erschien dieser Tage unter dem Schutz dichten Nebels ein feindliches Tauchboot. Es verlor einen großen englischen Dampfer und gab auf einen anderen Kanonenbooten ab. Das Tauchboot wurde schließlich durch das Feuer der Küstenbatterien vertrieben.

Der Bürgerkrieg in Finnland beendet.

80 000 Russen gefangen.

Die täglichen amtlichen Berichte des finnischen Hauptquartiers sind nunmehr eingestellt worden. Es ist dies ein leichthafte Zeichen dafür, daß der Bürgerkrieg in Finnland erfolgreich beendet ist. Die 12 Mitglieder der finnischen Roten Regierung befinden sich in Petersburg mit einer Menge Flüchtlingen der Roten Garde. Die finnische Regierung soll, wie verlautet, die Auslieferung der Roten Regierung von Russland gefordert haben, es ist jedoch anzunehmen, daß die russische Regierung diesem Verlangen nicht nachkommen wird.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors, daß der finnische Landtag wahrscheinlich am 18. Mai zusammen treten wird. — Da bei Nyborg gemachte Beute wird auf 2 Millionen Mark geschätzt, die Gesamtzahl der Gefangenen mit 80 000 angegeben.

Die Neuordnung in Sachsen.

Die Nationalliberalen für das gleiche Wahlrecht.

Der Nationalliberale Landesverein für das Königreich Sachsen hält am gestrigen Sonntag in Leipzig seinen geschlossenen Vertretertag ab, der aus allen Teilen des Landes hierfür besucht war. Von den Parlamentaristen der Königlichen Partei nahmen an der

Tagung teil: Oberbürgermeister Blücher-Dresden, Mitglied der 1. Ständekammer, der Präsident der 2. Ständekammer Seehamer und Dr. Vogel, und aus der nationalliberalen Fraktion der 2. Ständekammer die Högg, Unders, Seeba, Braun, Hartmann, Dr. Stäbler, Dr. Löbner, Ritschle-Deutsch, Dr. Schäfer, Staeche, Wappeler, Zimmermann und Dr. Spiegel. Die Versammlung wurde vom ersten Vorsitzenden, Geh. Hofrat Professor Dr. Brandenburg, geleitet. Der 1. Vorsitzende der nationalliberalen Landtagsfraktion, Vbg. Ritschle-Deutsch, sprach über die Reform des Wahlrechts zur Zweiten Kammer. Er lädt in seiner Rede in der Hauptsache aus: Die nationalliberalen Landtagsfraktion hat beschlossen, die Wiederherstellung des Landtagswahlrechts zu betreiben. Sie glaubt dem Lande am besten zu dienen, wenn sie die Schaffung eines Landtagswahlrechts erstrebt, das zunächst die Merkmale der Berechtigtheit trägt, das aber auch geeignet ist, unsern Staat vor Erschütterungen zu bewahren, die eine Sozialdemokratifizierung der Zweiten Kammer zweifellos im Gefolge haben würde. Sie hält Ihnen in der Zweiten Kammer eingesetzten Antrag für geeignet, beiden Anforderungen zu genügen. Neben dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht mit ein bis zwei Zusätzen, die sich aber nicht auf Einkommen und Besitz, auch nicht, wie beim jetzigen Wahlrecht, auf Bildung begründen sollen, verlangt sie als Schutz der Minderheiten die Verhältniswahl. Die Rede handelt von leichten Beispielen. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen: Der Vertretertag nimmt von dem Bericht der Fraktion in der Wahlrechtsfrage Kenntnis, spricht der Fraktion kein Vertrauen aus und erwartet, daß sie einmütig das Werk der Wahlreform zu Ende führt. Wichtige Personenausänderungen in der Königlichen Regierung.

Einem Berliner Blatte wird aus Dresden berichtet: In der politischen Abteilung des Königlichen Ministeriums des Innern tritt demnächst ein Wechsel ein. Der vollständig reaktionäre Ministerialdirektor Dr. Schelcher tritt in nicht allzu ferner Zeit von seinem Amt zurück, und an seine Stelle wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Leiter des sächsischen Landesbehördenamtes, Geheimer Regierungsrat Dr. Schmitt treten. Schelcher hat sich manigfache Verdienste erworben, aber er hat eine scharf großstädtfeindliche Politik getrieben, und vor allem lehnte er jede neue Neuordnung in Sachsen rückwärts ab. Es kam vor einigen Monaten zu einem scharfen Zusammenstoß im Neuordnungsausschuß, bei dem Schelcher den Beratungsausschuß verließ. Seitdem erschien er nicht mehr im Ausschluß. Über die politische Richtung des Geheimen Regierungsrates Schmitt ist kaum etwas bemerkenswertes zu sagen. Er ist konservativ, aber seine Vergangenheit in politischer Beziehung ist ein unbeschriebenes Blatt, und man muß seine weitere Entwicklung abwarten. Wenn man kaum große Hoffnungen auf seine Tätigkeit setzen darf, so ist doch jedenfalls zu erwarten, daß Geheimrat Schmitt nicht so schroff ablehnend verfährt, wie Schelcher. Außerdem ist für seine Stellungnahme wohl die Tatsache bezeichnend, daß er länglich in der Zweiten Kammer bei einer Aussprache über Föderungsfragen Gegenstand eines Angriffes der Konserverativen von unerhörter Schärfe geworden ist. Der Minister des Innern, Graf Bismarck, nahm ihn damals in bemerkenswerter Weise in Schutz und bezeichnete ihn als einen seiner hervorragendsten Beamten.

Justizminister Dr. Nagel †.

Wie aus Dresden gemeldet wird, ist dort gestern (Sonntag) Justizminister Dr. Nagel an den Folgen einer plötzlichen schweren Herzkrankung gestorben.

Oberbürgermeister Blücher.

Der Dresdner Oberbürgermeister Blücher ist vom Reichsantritt zum Mitglied des Vorstandes des Kriegsernährungsamtes ernannt worden. Die Dresdner Presse begrüßt diese Berufung mit großer Freude und erwartet davon, daß die Tätigkeit des Oberbürgermeisters bei seiner Bekanntschaft im Föderungsfragen und seiner bekannten Energie den sächsischen Interessen von grohem Nutzen sein wird. Herr Blücher will seinen Oberbürgermeisterposten beibehalten. Ob das auf die Dauer möglich sein wird, ist eine andere Frage.

Von Stadt und Land.

Das, 18. Mai.

Die Verkürzung der Fleischration.

In Berlin wie in einigen Kommunalverbänden und Bundesstaaten ist eine Verkürzung der Fleischration erfolgt. Wie wir dazu hören, ist diese Verkürzung nicht auf eine Maßnahme des Kriegsernährungsamtes zurückzuführen. Es wird dort vielmehr versichert, daß die Zentralstelle für innererlei Herauslegung der Fleischration plane wieder jetzt noch im Verlaufe des Wirtschaftsjahres. Wenn nun trotzdem in einigen Kommunalverbänden und Bundesstaaten die Fleischration verkürzt wurde, so wird dazu erklärt, daß das Vieh, das sie liefert erhalten, sich in einem so schlechten Zustand befindet, daß es unwendig war, das Vieh zunächst einmal auf eigene Rübung auf eine sogenannte Händlerweide zu schicken, damit es Fleisch ansehen könne. Im Interesse unserer Spitzenorganisation kann das Vorgehen jener Kommunalverbände und Bundesstaaten nur gebilligt werden. Seitens des Kriegsernährungsamtes ist die Viehumsatz jedevfalls so berechnet, daß die Fleischration von 250 g aufgebracht werden kann. Die erlaubte Rübung der Ration ist von den einzelnen Fleischstellen verfügt, in einigen Fällen hat auch die Viehverfassung dabei mitgewirkt. In Sachsen z. B. hätte dies in den Viehumsatzstand eingegriffen werden müssen, wenn die Rationierung und Vieh aufgezogen erhalten werden sollte. Im Interesse der Wirtschaft und Fleischversorgung der Bevölkerung ist man darum auch in Sachsen zur Rübung der Ration geschriften.